

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/3044

DPoIG Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB
Landesverband Schleswig-Holstein

An den
Innen- und Rechtsausschuss
des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Per E-Mail

16. April 2008

Betr.:
**Stellungnahme zur Antwort auf die Große Anfrage "Entwicklung der Alters-
und Personalstruktur im Bereich der Landespolizei", Drs. 16/1678**



Entwicklung der Alters- und Personalstruktur bei der Landespolizei

Stellungnahme der DPoIG – Landesverband Schleswig-Holstein

Kiel, 16.04.2008

Innen und Rechtsausschuss

Zunächst gilt festzustellen, dass es sich bei der Antwort auf die Große Anfrage der FDP um ein sehr umfangreiches und sorgfältig erstelltes Werk handelt.

Die DPoIG wird sich nicht an Einzelfragen verzetteln, sondern sich an dieser Stelle auf die grobe Feststellung der Entwicklung der Landespolizei beschränken.

In der demographischen Entwicklung können wir erkennen, dass wir ab 2011 rasant in eine Überalterung der Landespolizei schlittern.

Dabei erkennt die DPoIG die Entwicklung bei den ab 50-jährigen. Insbesondere auf den Dienststellen des polizeilichen Einzeldienstes im Schicht- und Schwerpunktdienst (ca. 3500 Bea.) wird eine hohe Leistungsfähigkeit abverlangt. Nicht nur durch die belastenden Dienstformen, sondern auch durch die Art der Tätigkeit. Das polizeiliche Gegenüber ist in der Regel nicht nur deutlich jünger, sondern auch zunehmend gewaltbereiter.

Diesem zu begegnen, fällt mit zunehmendem Alter schwerer.

Diese Altersgruppe gerät ab 2011 sehr schnell in einen prozentualen Anteil von ca. 35% bis annähernd 40%.

Für so viele Beamte gibt es keine „Nischen“ mehr, die müssen durchhalten!

Diese Belastung wird sich aus folgenden Gründen verstärken:

1. Die jüngeren Beamtinnen und Beamten müssen vermehrt geschlossene Einsätze wahrnehmen, was wiederum durch die älteren ausgeglichen werden muss.
2. Der Anteil an Beamtinnen im Mutterschutz wird zunehmen, was im Streifendienst wiederum durch die älteren ausgeglichen werden muss.
3. Der Anteil an Elternzeit und Teilzeit wird ebenfalls entsprechend Pkt. 2 zunehmen, was wiederum im Streifendienst durch die älteren ausgeglichen werden muss.

Die DPoIG stellt also fest, dass eine Überalterung der Landespolizei eintreten wird. Eine Einschränkung der Leistungsfähigkeit der Landespolizei ist zu erwarten.

Stellensituation

Auch wenn es keinen Stellenabbau geben sollte, so zeichnet sich durch den Abbau der so genannten Überhänge bereits jetzt eine Personalnot ab.

Die zu erwartenden Abgänge sind also höher als die Einstellungszahlen. Bei der demographischen Entwicklung der Bevölkerung entsteht eine riskante Situation, weil nach Auffassung der DPoIG nicht mehr beliebig nachgesteuert werden kann. Es werden nicht mehr genügend geeignete Bewerber zur Verfügung stehen, weil sich diese lukrativere Berufe aussuchen werden.

Der Öffentliche Dienst wird schon aufgrund der ständigen Diffamierung durch die Politik immer unattraktiver.

Außerdem wird die körperliche Verfassung wesentlich mehr Bewerberinnen und Bewerber gar nicht erst zulassen.

Es werden weiterhin Belastungen zu tragen sein, die bisher durch Überhänge mittelbar ausgeglichen werden konnten.

Dabei handelt es sich um:

- Entlassungen durch Nicht bestehen der Ausbildung
- Entlassungen wegen fehlender Geeignetheit (z.B. spätere Leistungsdefizite, disziplinare Angelegenheiten)
- Entlassungen aus gesundheitlichen Gründen
- Eigene Kündigungen
- Elternzeit
- Teilzeit
- Versetzungen in andere Laufbahnen / Verlust der Polizeidienstfähigkeit
- Weitere Ausbildungsgänge
- Abordnungen in andere Bundesländer
- Auslandsmissionen

Das bedeutet, dass bei einem ausgeglichenen Stellenplan tatsächlich deutlich weniger Beamtinnen und Beamte zur Verfügung stehen.

Dieses vor dem Hintergrund,

- dass die Stäbe „auf Kante genäht“ sind,
- die neuen Einsatzleitstellen vermutlich auf dem absoluten Minimum berechnet sind und laufend aus der Fläche ausgeglichen werden müssen,
- die Einzeldiensthundertschaften vermehrt zum Einsatz kommen, weil auch die Bereitschaftspolizei eher mit dem Minimum auskommen muss.
- Die Überstundensituation nach wie vor angespannt ist, da weder befriedigende Lösungen durch Freizeitausgleich noch durch Bezahlung vorhanden sind.

Die Einzelfallregelung, dass lebensältere Beamtinnen und Beamte vom Nachtdienst befreit werden, wird kaum noch durchzuhalten sein. Diese Möglichkeit ist ohnehin von den jeweils vorhandenen Strukturen abhängig.

Wasserschutzpolizei

Bei der Wasserschutzpolizei ist die Altersstruktur zwar nicht ganz so problematisch, hier zeichnet sich aber bereits ab, dass es nicht gelingt, in Konkurrenz zur Wirtschaft, die erwünschten Bewerberinnen und Bewerber aus dieser zu erhalten.

Fazit:

Die Stellensituation ist unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung in der Polizei und in der Bevölkerung gefährlich gering, insbesondere vor dem Hintergrund wachsender Aufgaben und steigender Qualitätsanforderungen.

Das Fehlen der so genannten Überhänge nimmt der Polizei die Möglichkeiten des flexiblen Personalaustausches – das geht in der Regel zu Lasten der Flächendienststellen.

Eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit bei Polizeivollzugsbeamten würde die beschriebene Situation noch verschlimmern.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft, Landesverband Schleswig-Holstein, hält ihre Forderung nach Stellenzuwächsen bei der Landespolizei aufrecht.

Die Auftragsbücher sind voll. Wer unter diesen Voraussetzungen bei der Polizei spart, hat den Auftrag der Bevölkerung dieses Landes nicht verstanden.

Der Landesvorstand